

«Die frühe Kindheit ist politisches Niemandsland»

Bildungsverläufe werden in der Schweiz stark von der sozialen Herkunft bestimmt, wie der Schweizerische Wissenschaftsrat in seinem Bericht nachgewiesen hat. Welche Massnahmen braucht es nun, um der sogenannten sozialen Selektivität entgegenzuwirken und mehr Chancengleichheit zu schaffen? Ein Gespräch im Bundeshaus, mit Gerd Folkers und Wolf Linder vom Wissenschaftsrat, dem Experten Jürg Schoch und dem Bildungspolitiker Christoph Eymann.

Die Diskussionsrunde wurde von Susanne Wenger* geleitet.

Jürg Schoch
Prof. ZFH, Institut Unterstrass

Wolf Linder
Ratsmitglied SWR (bis 2019)

Christoph Eymann
Parlamentarier, WBK-N

Gerd Folkers
Präsident SWR



*Susanne Wenger ist freie Journalistin in Bern.

Sie alle schlugen einst den höheren Bildungsweg ein. Was ermöglichte Ihnen vor allem den Zugang zur Universität?

Gerd Folkers: Das Interesse, das im Elternhaus geweckt wurde.

Christoph Eymann: Die Familie, die alles daransetzte, die beiden Söhne mit einer möglichst guten Bildung in die Erwachsenenwelt zu entlassen.

Wolf Linder: Der Vater war Sekundarlehrer. Er erwartete, dass ich auch so etwas mache.

Jürg Schoch: Mein Vater war ursprünglich Elektriker, später besuchte er die soziale Frauenschule. Er sorgte dafür, dass ich an die Mittelschule gehen konnte.

Bildungschancen in der Schweiz sind immer noch stark von der sozialen Herkunft geprägt. Das zeigt der Wissenschaftsrat in seinem Bericht auf, der letztes Jahr auch im Parlament Beachtung fand. Herr Folkers, Herr Linder, ist das Schweizer Bildungssystem ungerecht?

Gerd Folkers: Ich halte das Schweizer Bildungssystem für gerecht und auch fördernd. Fehlt Kindern jedoch die Unterstützung des Umfelds, wird der Einstieg verpasst. Etwa dann, wenn Eltern ihren Kindern in schulischen Belangen nicht zur Seite stehen. Wenn sie der Auffassung sind, ein Handwerkerberuf sei immer besser als die Universität. Oder wenn sie nicht in Mädchen investieren wollen, weil diese sowieso heiraten. Das Bildungssystem vermindert solche Voraussetzungen nicht, sondern kumuliert und reproduziert sie an allen Übergängen.

Wolf Linder: Mit dem Schweizer Bildungssystem geht eine grosse Ungleichheit einher. Von den 20 000 Studienanfängern jedes Jahr gehören nicht alle zu den zwanzig Prozent Besten. Das halte ich für sehr bedenklich. Umgekehrt haben Kinder aus unteren Schichten fünfmal weniger Chancen, zur Matura zu gelangen, als junge Leute aus dem Bildungsbürgertum. Viel hängt davon ab, ob jemand durch die Familie gefördert wird, auch sprachliche Schwierigkeiten spielen eine Rolle, nicht nur in Migrantenfamilien. Unser Bildungssystem müsste solche Nachteile stärker kompensieren. Tut es das nicht, ist es tatsächlich ungerecht.

Wir sind in der Schweiz stolz auf unser durchlässiges Bildungssystem, auf die duale Bildung mit der Berufslehre. Müssen denn wirklich alle an die Uni?

Wolf Linder: Absolut nicht. Der Wissenschaftsrat will nicht die Maturandenquote erhöhen, aber Begabte sollen ihr Potenzial entfalten können, unabhängig von der sozialen Schicht und dem Bildungsniveau der Eltern. Leistung soll belohnt werden, nicht Herkunft. Darum geht es.

Soziale Selektivität: der Bericht des Wissenschaftsrates

Die Bildungschancen in der Schweiz sind stark von der wirtschaftlichen Situation und dem Bildungsniveau der Eltern geprägt. Die soziale Herkunft bestimmt also in hohem Mass die Bildungswege und den Erwerb von Abschlüssen. Das zeigt der Schweizerische Wissenschaftsrat in seiner politischen Analyse auf, die er vor dem Jahreswechsel 2018/2019 publizierte. Der Bericht fasst die Ergebnisse zahlreicher Einzelstudien zusammen, die eine soziale Selektivität belegen. Er legt dar, welche negativen Effekte das Phänomen hat und wo mögliche Ursachen liegen. So wird unter anderem aufgezeigt, dass das Bildungssystem soziale Ungleichheiten nicht vermindert, sondern an seinen Übergängen immer wieder reproduziert. Der Wissenschaftsrat spricht von einem unhaltbaren Zustand und benennt aufgrund der klaren Datenlage dringenden Handlungsbedarf. Konkrete Empfehlungen, wie mehr Chancengerechtigkeit hergestellt werden könnte, runden seinen Bericht ab. Dabei werden mehrere Ebenen angesprochen, von den fürs Bildungswesen zuständigen Kantonen, den Gemeinden und dem Bund bis hin zu privaten Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Der Bericht des Wissenschaftsrates stiess 2019 auf bemerkenswerte Resonanz in den Medien. Delegationen des SWR wurden in die WBK von National- und Ständerat eingeladen. Sie konnten die Ergebnisse dort vorstellen und diskutieren. Politikerinnen und Politiker griffen das Anliegen mit Vorstössen auf. (swe)

Christoph Eymann: Ich finde den Bericht des Wissenschaftsrates ausgezeichnet, die Kritik am Bildungssystem stört mich jetzt aber ein wenig. Die Durchlässigkeit, die wir in den letzten zwanzig Jahren schufen, ist eine grosse Errungenschaft. Auch gelang es in unserem föderalen Land fast gesamtschweizerisch, die Selektion in der Volksschule nach hinten in die sechste Klasse zu verschieben. Lehrerinnen und Lehrer unternehmen täglich alles, um auch Kindern aus bildungsfernen Schichten bestmögliche Chancen zu ermöglichen. Es gibt ganz klar Handlungsbedarf. Aber ganz alles kann man nicht dem System anlasten.

Herr Schoch, Sie sind einer der Autoren des Berichts. Wie sehr liegt die Chancengleichheit im Bildungssystem selber?

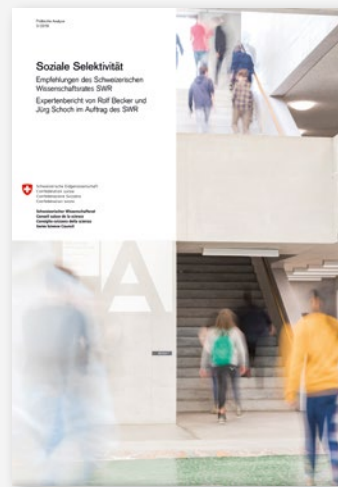
Jürg Schoch: Herr Eymann spricht mir aus dem Herzen, wenn er die Arbeit der Lehrkräfte verteidigt. Doch gewisse strukturelle Rahmenbedingungen erschweren es den Lehrern, selbst wenn sie sich noch so sehr für Chancengerechtigkeit einsetzen. Die Rolle der Eltern und der familiären Bildungsentscheide wurde schon erwähnt. Dazu kommen die Selektionsroutinen. Sie führen nachweislich dazu, dass Kinder mit den genau gleichen Leistungen in unterschiedliche Sekundarstufen eingeteilt werden. Und sei es nur, weil der Sekundarschuldirektor noch eine Klasse auf dem unteren Niveau füllen muss. Wahrscheinlich gibt es kein weniger ungerechtes System als unseres, doch wir sollten möglichst viel daran verbessern.

Christoph Eymann: Völlig einverstanden. Wobei es in der Schweiz 26 Systeme sind.

Wolf Linder: Bei der Selektion gibt es einen Mechanismus, der in allen Kantonen gleich ist. Bei einer Schülerin, einem Schüler aus einer Akademikerfamilie ist es für den Lehrer äusserst schwierig zu sagen, du gehörst leistungsmässig nicht in die höchste Sekundarschulstufe. Sonst rücken ihm sofort die Eltern auf die Bude und nehmen sich noch einen Rechtsanwalt. Teilt die Lehrerin ein Unterschichtskind in die höhere Stufe ein, wehren sich Eltern womöglich ebenfalls, weil der Vater findet, der Bub solle eine Lehre machen, anstatt zu studieren.

Christoph Eymann: Genau deswegen haben wir in Basel-Stadt die Elternmitsprache im Selektionsverfahren abgeschafft. Den Einschätzungen der Lehrkräfte wird bewusst vertraut. Falls es trotzdem zu Differenzen kommt, kann das Kind eine Prüfung absolvieren.

Wir sind schon mitten in der Diskussion über mögliche Wege, um soziale Selektivität zu verringern. Herr Schoch, was sind die drei Massnahmen mit der grössten Hebelwirkung?



Soziale Selektivität. Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR. Expertenbericht von Rolf Becker und Jürg Schoch im Auftrag des SWR. Die Publikation ist auf der Webseite des SWR verfügbar.¹

Jürg Schoch: Nummer eins ist die frühkindliche Bildung und Förderung. Bescheidene wirtschaftliche Verhältnisse der Eltern, Bildungsferne, Fremdsprachigkeit: Wenn diese Faktoren bei drei- bis vierjährigen Kindern zusammenfallen, sollten wir hinschauen. Zweitens: den Selektionszeitpunkt erneut nach hinten verschieben. Wir schlagen den Beginn des neunten Schuljahrs vor. Politisch kaum mehrheitsfähig, ich weiss, und trotzdem wäre es richtig. Drittens: breite Aufklärung. Lehrpersonen stärker für die Mechanismen sozialer Selektivität sensibilisieren, Eltern mehr Informationen über das Bildungssystem geben.

Sie selber führen an Ihrer Bildungsinstitution in Zürich seit mehr als zehn Jahren das Förderprogramm Chagall durch. Es macht begabte Migrantinnen und Migranten fit fürs Gymnasium. Eine private Initiative, die vom Kanton finanziell unterstützt wird. Wie läuft?

Jürg Schoch: Wunderbar. Das Programm ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Und es ist anspruchsvoll. Gewisse Jugendliche können in einen inneren Konflikt geraten, zwischen dem höheren Bildungsziel, das sie und ihre Eltern anstreben, und der Herkunftskultur, wie sie von Eltern manchmal vertreten wird, etwa, wenn ein Mädchen nicht ins Lager mitreisen darf.

Christoph Eymann: Das kann ich x-fach bestätigen. Wir hatten in Basel den Fall eines Vaters, der den Töchtern den Schwimmunterricht in der Primarschule verbot. Er gelangte bis an den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte in

¹ Schweizerischer Wissenschaftsrat (2018), *Soziale Selektivität. Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR. Expertenbericht von Rolf Becker und Jürg Schoch im Auftrag des SWR*, Politische Analyse 3/2018, Bern: SWR, https://wissenschaftsrat.ch/images/stories/pdf/de/Politische_Analyse_SWR_3_2018_SozialeSelektivitaet_WEB.pdf

Strassburg, wo die Basler Behörden Recht bekamen. Zum Glück! Das Elternhaus beeinflusst die Bildungslaufbahn der Kinder enorm, wohl zu mehr als fünfzig Prozent. Sanften Druck auf die Eltern halte ich für gerechtfertigt.

Herr Eymann, als Erziehungsdirektor des Kantons Basel-Stadt führten Sie 2013 obligatorische Sprachförderung für Kinder im Vorschulalter ein.

Christoph Eymann: Genau. Ziel ist, dass die Kinder von den Bildungschancen her nicht schon beim Eintritt in den Kindergarten ins Hintertreffen geraten. Das Obligatorium ist selektiv, die Verpflichtung besteht nur für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen. Diese werden vom Kanton mittels Fragebogen bei den Eltern evaluiert. Die Kinder besuchen dann an zwei Nachmittagen pro Woche eine durchmischte Spielgruppe, wo sie spielerisch Deutsch lernen. Das Angebot wird vom Staat finanziert. Es hat sich bewährt.

Für Sie als liberalen Politiker ist es vertretbar, dass der Staat damit in die Familie eingreift?

Christoph Eymann: Setzt man das Kindeswohl an die erste Stelle, ist das nicht nur vertretbar, sondern zuweilen dringend nötig. Das sage ich als Liberaler. Es gibt Elternrechte, und es gibt Elternpflichten. Chancenungleichheit darf dem Staat nicht egal sein.

Gemäss dem Bericht des Wissenschaftsrates sollten mehrere Ebenen zusammenwirken, um soziale Selektivität zu überwinden: die Kantone, die fürs Bildungswesen zuständig sind, die Gemeinden, die Zivilgesellschaft, der Bund. Unser Gespräch findet im Bundeshaus statt. Ist das Thema in der Politik angekommen?

Wolf Linder: Lange wollte kein Bildungspolitiker hören, dass die soziale Schicht die Bildungschancen in der Schweiz so stark beeinflusst. Das war ein Tabu. Darum bin ich dem Wissenschaftsrat so dankbar für seinen Bericht, der die Fakten auf den Tisch legt. Wir konnten den Bericht in den Kommissionen von National- und Ständerat vorstellen gehen, was ein guter Anfang ist. Das Thema ist endlich auf dem Tisch.

Christoph Eymann: Bei Teilen des Parlaments ist das Thema angekommen, nicht aber beim Bundesrat. Ich darf das hier sagen. Der Bundesrat weicht aus, delegiert alles an die Kantone. Meine Hoffnung ist, dass der Bericht des Wissenschaftsrates etwas bewirkt.

Die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) will das Gesetz über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit anpassen, sodass der Bund die Kantone bei der Frühförderung unterstützen kann. Warum braucht es da den Bund?

Christoph Eymann: Der Bund hat eine Mitverantwortung, dass die Bildungsziele in diesem Land erreicht werden. Das Alter Null bis Vier ist politisches Niemandsland. Fördern wir das Potenzial der Kinder früh, tun wir auch etwas gegen den Fachkräftemangel. Das ist für mich zwar nicht das wichtigste Argument. Aber wenn es zu Mehrheiten verhilft, umso besser.

Gerd Folkers: Das sehe ich auch so. Wir sollten unser Bildungssystem nicht auf die wechselnden Bedürfnisse der Industrie ausrichten, es geht um Bildung an sich. Sie ermöglicht dem Individuum ein selbstbestimmtes Leben und ist auch staatspolitisch wichtig, weil sie aufgeklärte Bürger hervorbringt. Ich habe grossen Respekt vor der föderalistischen Struktur unseres Bildungswesens. Doch der Bund sollte die Bildungschancen nicht allein an die Kantone delegieren. Ich rede nicht von Klein-Klein-Regulation, sondern von einem verstärkten Engagement für eine Politik der frühen Kindheit.

Wolf Linder: Das Engagement des Bundes ist unerlässlich. Niemandem käme es in den Sinn zu sagen, Chancengleichheit von Frau und Mann sei Sache der Kantone. Auch die Chancengleichheit in der Bildung ist eine allgemeine Leistung, sie gehört zu den Grundnormen unseres Staatswesens. Gleichzeitig warne ich davor, Frühförderung nach dem Giesskannenprinzip zu betreiben. Sie muss gezielt den nichtprivilegierten Schichten zukommen.

Jürg Schoch: Der Bund hat ein Interesse daran, dass in unserer Demokratie grösstmögliche Gerechtigkeit herrscht. Er soll die Frühförderung nicht top-down vorgeben, aber er kann lokale Initiativen unterstützen und für einen Know-how-Transfer sorgen. So, dass etwa die in Basel gemachten Erfahrungen weitergegeben und in anderen Kantonen adaptiert werden könnten. Die Frühförderung muss auf die regionalen Gegebenheiten zugeschnitten sein, sonst werfen wir – jetzt rede ich als Steuerzahler – das Geld zum Fenster hinaus.

Herr Folkers, wie bleibt der Wissenschaftsrat am Thema dran?

Gerd Folkers: Ganz einfach durch unsere Verfassung. Wir haben einen Bericht abgeschickt und lassen den nicht los, bis wir sehen, wo er angekommen ist und was er bewirkt hat.

Angaben zu den Gesprächsteilnehmern

Gerd Folkers ist Präsident des Schweizerischen Wissenschaftsrates. Von 1994 bis 2018 war er ordentlicher Professor für Pharmazeutische Chemie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich. Von 2004 bis 2015 leitete er das Collegium Helveticum der ETH Zürich und der Universität Zürich.

Wolf Linder gehörte von 2012 bis Ende 2019 dem Schweizerischen Wissenschaftsrat an. Er ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft. Bis 2009 lehrte und forschte er an der Universität Bern, wo er Direktor am Institut für Politikwissenschaft war.

Jürg Schoch, Dr. phil. und Professor an der Zürcher Fachhochschule, leitet seit 1989 das Gymnasium Unterstrass und das Institut Unterstrass an der Pädagogischen Hochschule Zürich. Gemeinsam mit Rolf Becker verfasste er im Auftrag des Schweizerischen Wissenschaftsrates den Expertenbericht «Soziale Selektivität».

Christoph Eymann, Dr. iur., ist Nationalrat der Liberal-Demokratischen Partei und Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Von 2001 bis 2017 war er Erziehungsdirektor des Kantons Basel-Stadt, vier Jahre lang präsidierte er zudem die Erziehungsdirektorenkonferenz. Seit 2019 ist er Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe.